

Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten - Malta



Šīs lapas saturs ir mašīntulkotājums, kura kvalitāti nevar garantēt.

1. Verfassungsrechtlichen Grundlagen
2. Justiz
- #II
4. Fälle, in denen der Zugang zu Informationen
5. Die Beteiligung der Öffentlichkeit Zugang zu Gerichten in
6. Den Zugang zu Gerichten gegen Handlungen oder Unterlassungen
7. Andere Möglichkeiten des Zugangs zu den Gerichten
8. Klagebefugnis
9. Rechtliche Vertretung
10. Nachweise
11. Vorläufiger Rechtsschutz
12. Kosten
13. Finanzhilfe-Mechanismus
14. Aktualität
15. Sonstiges
16. Ein Ausländer, der
17. Grenzüberschreitende Rechtssachen

I. verfassungsrechtlichen Grundlagen

Der Begriff Umwelt erscheint nicht in der Verfassung von Malta, und es gibt nur wenige Bestimmungen, die relevant sein können und für den Umweltschutz und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten. Diese sind:

- Artikel 9: So stellt der Landschaft und des historischen und künstlerischen Erbes der Nation.
- Artikel 33: Das Recht auf Leben eines jeden Bürgers ist als ein grundlegendes Menschenrecht gewährleistet. Der Wortlaut der Bestimmung ist weit gefasst und kann so ausgelegt werden, dass das Recht auf eine gesunde Umwelt ein Aspekt des Rechts auf Leben. Ein Fall für eine solche Auslegung verlangt jedoch nie vor den maltesischen Gerichten ergeben.
- Artikel 46 bezieht sich auf das Recht eines jeden Bürgers, einen verfassungsrechtlichen Verfahren gegen die Regierung vor den Gerichten geltend gemacht, dass die Verstöße gegen die Menschenrechte in Bezug auf eine andere Person.

Wie in den vorstehenden Absätzen, die Rechtsvorschrift, die breit genug sein und den maltesischen Richter in einer ähnlichen Lage wahrscheinlich ähnlich Rechtsprechung prüfen, in anderen europäischen Staaten und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte die Auslegung, die das Recht auf Leben, das Recht auf eine intakte Umwelt.

II). Justiz

Malta ist das Rechtssystem auf dem Zivilrecht beruhenden Modell. Nach maltesischem Recht verdankt ihre Wurzeln im römischen Recht hat, während des öffentlichen Rechts nach britischem Recht stark beeinflusst. Die einzigen Quellen der maltesischen Rechts sind die Verfassung, die Gesetze, die sekundären Rechtsvorschriften und im Rahmen solcher Rechtsakte veröffentlicht werden können. In Malta am Obersten Gerichtshof, das Verfassungsgericht entschieden wird und der Überschreitung bestimmter

Streitigkeiten festlegt, einschließlich der Menschenrechte. Alle Fälle im Zusammenhang mit der Nichtbeachtung der Menschenrechte angehört werden, bevor die ersten von den Zivilgerichten kann und an den Verfassungsgerichtshof als letztinstanzliches Gericht. Es besteht ein Unterschied zwischen den Strafgerichten und den Zivilgerichten aufgeteilt sind und beide Gerichte weniger oder mehr Gerichte. Die Judikative besteht aus zwei Ämter:

- Richter, die den Vorsitz im Obersten Gerichte sowie die Gerichte zweiter Instanz (Court of Appeal), und für die Richter, die Vorinstanzen und Durchführung strafrechtlicher Untersuchungen. Weniger formal als die Vorinstanzen und Obersten Gerichte und zivilrechtliche Streitigkeiten mit einem niedrigeren Grad Straftaten.
- Die Straftat oder die Klage vor dem zuständigen Gericht erster Instanz. Kann die Streitigkeit zwischen den Parteien ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Gerichts erster Instanz.

Weiter kann ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Berufungsgerichts nur unter zwei Voraussetzungen:

- (a) Kann ein EU-Bürger, der die Verletzung des Gemeinschaftsrechts gerügt, die in Malta vor dem Gerichtshof der Europäischen Union verklagen.
- (b) Nur eine individuelle Menschenrechtsfälle kann seinen Fall vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte nicht, wenn er die Entscheidung des Verfassungsgerichts.

Es gibt keine spezielle gerichtliche Stellen im Umweltbereich. Es gibt administrative Stellen. Um ein „Forum Shopping“ ist nicht möglich, da die maltesischen Rechtsvorschriften sollte eindeutig festgelegt werden, die eine konkurrierende Zuständigkeit nicht gegeben. Die einzige Ausnahme ist der Staat hat das Recht, zu entscheiden, ob der Rechtsstreit, in dem sie Vertragspartei ist, sollten die Civil Court (First Hall) oder dem Obersten Gerichtshof der Court of Magistrates (Vorinstanzen) zuständig. Die erste Jahreshälfte die Zivilgerichte für die Entscheidung von Streitsachen zuständig, die auch quantifiziert werden können. Es kommt nur sehr selten vor, dass eine Klage auf zivilrechtliche Schadensersatzansprüche in umweltrechtlichen Streitigkeiten vor den Zivilgerichten geringer ist, weil der Betrag und die Regierung sehr häufig auch aufgrund einer Partei des Rechtsstreits ist. Der Hauptunterschied zwischen dem Vorgesetzten und der schlechteren ist ein förmliches, insbesondere in Verfahrensfragen.

Ein Richter aus der minderwertigen Zivilgerichten führt den Vorsitz während der Court of Appeal während drei Richter des ersten Saal den Vorsitz in der Court of Appeal. Die gleiche Möglichkeit besteht für beide Parteien ein Rechtsmittel gegen die Entscheidungen von weniger oder mehr Zivilgericht erster Instanz. Das Rechtsmittel ist gegen das Urteil kann als Ganzes oder ein Teil davon vor. Ein Rechtsmittel kann sich die Rechtsmittelführerin gegen die Beklagte einzuleiten. Der Antragsgegner kann dann eine schriftliche Antwort auf Rechtsmittel gegen einen anderen Teil des Urteils. Beide Parteien sind bestrebt, bei der ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Gerichts erster Instanz Rechtsmittel zunächst eine Partei der anderen ein, um dann auf einen anderen Teil des Urteils. Der Court of Appeal bestätigt das Urteil ganz oder teilweise aufheben, oder kann es vollständig dem ursprünglichen Urteil. Die Entscheidung des Berufungsgerichts ist rechtskräftig. Das Verfahren in Bezug auf die Rechtsmittel bei dem obersten Zivilgericht wieder mehr als die über das Rechtsmittel von Zivilgerichten. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Gerichten, die eine gerichtliche Funktion, jedoch nicht Teil der Gerichte. Diese begrenzten und spezifischen zuständig. Das Verfassungsgericht fungiert als Berufungsgericht für alle Fälle von Missachtung der Menschenrechte, die zunächst von der First Hall der Zivilgerichte in seiner verfassungsmäßigen Kapazität. Neue Beweismittel vorliegen oder schwere Mängel in den Prozess haben einen Klagegrund erheben kann, eine Wiederaufnahme des Verfahrens im Strafrecht und Zivilrecht. Die Gründe, auf die sich der vorliegende Klagegrund stattgegeben werden kann, sind gesetzlich geregelt.

Titel IV des Gesetzes über die Organisation und das Verfahren in Zivilsachen sieht eine neue Prüfung der durch Urteil entschiedenen Rechtssache in das Zivilgericht bei:

Das Urteil wurde durch betrügerische Machenschaften erwirkt seitens aller Parteien;

b) die eidlichen Antrags zugestellt wurde, und der Partei, die diese Vertragspartei nicht auf das gerichtliche Verfahren entstanden sind;

c) einer der Verfahrensparteien in rechtliches prozessfähig seien, keinen Klagegrund aufgeworfen und entschieden hätte.

d) das Urteil ergangen ist, keine Zuständigkeit durch ein Gericht, wenn es keinen Klagegrund aufgeworfen und entschieden hätte.

e) das Urteil enthält eine falsche Anwendung des Rechts;

f) Urteil in Angelegenheiten, die nicht in die Nachfrage;

g) die Entscheidung ergangen ist, gemessen an der Nachfrage;

h) die Entscheidung nicht mit einer früheren Entscheidung eine Klage, die denselben Gegenstand und dieselben Parteien, und stellt einen der Rechtskraft und keine Einrede der Rechtskraft aufgeworfen und entschieden hätte.

- i) wenn die Entscheidung enthalte insoweit widersprüchliche Bestimmungen;
- j), in dem das Urteil beruhte auf Hinweisen, die in einem späteren Urteil festgestellt wurde, wurde dies als falsch angemeldet oder in einem früheren Urteil abgeben, doch die Partei über diese Tatsache nicht bewusst war.
- k) ist nach dem Urteil erlangt wurde, und einige schlüssige Schriftstück der Partei, die sie vorlegt, keine Kenntnis hatte oder haben konnte, die er erzeugt, nicht in einer Art und Weise vor der Verkündung des Urteils gesetzlich erlaubt;
- l), in dem das Urteil die Auswirkungen eines Fehlers, der sich aus den Unterlagen des Verfahrens oder verursachen.

In den höheren und niedrigeren Gerichtsinstanzen und die Nachfrage nach einem neuen Verfahren erfolgt, bevor ein Gericht erster Instanz, im Wege eines eidlichen schriftlichen Antrags und vor einem Gericht des zweiten Rechtszugs durch Einreichung einer Klageschrift; Dem Antrag sind Unterlagen beizufügen, Sicherheit für die Kosten. Die Zeit ist eine neue Verhandlung zu verlangen, die drei Monate ab dem Tag der Verkündung des Urteils oder gegebenenfalls der Beschwerde. Ein neues Gerichtsverfahren gefordert werden darf in keinem Fall nach Ablauf von fünf Jahren, von dem das erste Urteil ergangen ist. Der Court of Appeal hat reformatory Rechte. Es kann geändert und ersetzt den Beschluss des Gerichts erster Instanz. Gibt es keine Besonderheiten für Gerichtsverfahren in Umweltangelegenheiten. Ein Recht verletzt wird, wenn es zu einer Schadensersatzklage entweder von den Behörden selbst oder durch Dritte oder durch beides. Liegt der Schaden weniger als 1 000 EUR der Anspruch vor den Zivilgerichten geringer ist. Der Kläger, ein verfahrenseinleitendes Schriftstück Dateien beschreibt den Sachverhalt des Rechtsstreits und ersucht sodann den Gerichtshof zuständig zu erklären und der Beklagten erlittenen Schäden zu bewerten. Schadensersatz höher sind, wenn die Forderung erhoben wird, bevor der erste Hall der ordentlichen Gerichte. In diesem Fall muss der Ladung beizufügen, die eidesstattliche Erklärung und die Liste der Zeugen vernehmen will die Klägerin. Im Fall der Nichtbeachtung der Bestimmungen aller Umweltvorschriften der Täter wird durch die Polizei vor den Strafgerichten. Die Beschwerdeverfahren vor den Zivil- und Strafgerichten sind nicht alle der für Umweltbelange im Allgemeinen unterscheidet. Der Gerichtshof kann sich eine eigene technische Experten und Nachforschungen durchführen, die es für angemessen hält. Zeugen, die von den Vertragsparteien erhoben werden kann, jedoch ihren eigenen Sachverständigen benennen, Auskunft zu erteilen.

III. Fälle, in denen der Zugang zu Informationen

116/2005, den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt, 2005 setzt die Richtlinie 2003/4/EG über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen. Gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens hat der Antragsteller auf Umweltinformationen kann es sich um eine natürliche oder eine juristische Person handelt. Der Antragsteller kann beantragen, dass die zuständige Behörde, der maltesischen Umwelt- und Planungsbehörde (MEPA) um Bereitstellung von Umweltinformationen, die sich im Besitz von ihr oder einer anderen Behörde, ohne dass sie ein unmittelbares Interesse zu erklären, warum er diese Information verlangt. Dies kann schriftlich oder mit elektronischer Post. MEPA, wenn er die angeforderten Umweltinformationen, die Informationen an den Antragsteller innerhalb von dreißig Tagen nach Eingang des Ersuchens um Auskünfte. Diese Frist verlängert sich um weitere dreißig Tage, wenn der Umfang und die Komplexität der Informationen eine Frist von dreißig Tagen übermittelt werden könnten. Die MEPA stellt dem Antragsteller eine solche Verlängerung und die Gründe dafür zu erläutern. Die MEPA ablehnen kann, wenn die beantragten Informationen Umweltinformationen beantragt:

- Offensichtlich missbräuchlich sind, zu allgemein formuliert und Material betrifft, das gerade vervollständigt wird, oder noch nicht abgeschlossene Schriftstücke oder noch nicht aufbereitete Daten. In letzterem Fall Name die MEPA auf die Stelle, die das Material vorbereitet, sowie den voraussichtlichen Zeitpunkt der Fertigstellung.
- Betrifft interne Mitteilungen, wobei das öffentliche Interesse an der Bekanntgabe zu berücksichtigen ist.
- Nachteilige Auswirkungen auf die Vertraulichkeit der Beratungen von Behörden, sofern eine derartige Vertraulichkeit gesetzlich vorgesehen ist, internationale Beziehungen, die öffentliche Sicherheit oder die Landesverteidigung, laufende Gerichtsverfahren, die Möglichkeiten einer Person, ein faires Verfahren zu erhalten, oder die Möglichkeiten einer Behörde, Untersuchungen strafrechtlicher oder disziplinarischer Art,
- Die Vertraulichkeit bezieht, weil sie Auswirkungen auf Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, sofern diese durch einzelstaatliches oder gemeinschaftliches Recht geschützt sind, um berechnete wirtschaftliche Interessen.
- Beeinträchtigung des öffentlichen Interesses an der Wahrung der statistischen Geheimhaltung und des Steuergeheimnisses, Rechte des geistigen Eigentums, der Vertraulichkeit personenbezogener Daten und/oder Akten über eine natürliche Person, sofern diese der Bekanntgabe nicht zugestimmt hat, die die Unterrichtung der Öffentlichkeit ist, sofern eine derartige Vertraulichkeit nach innerstaatlichem oder gemeinschaftlichem Recht vorgesehen sind und sofern eine Person hat zugestimmt, die die Freigabe der Informationen auf freiwilliger Basis gegeben ist.
- Kann der Schutz der Umwelt gefährdet werden (z. B. die Aufenthaltsorte seltener Tierarten).

Die Verordnungen sehen vor, dass die Versagungsgründe in einer Weise interpretiert werden:

- restriktiv
- von Fall zu Fall.

Das öffentliche Interesse, dem durch die Offenlegung gedient ist, gegen das Interesse abzuwägen, dem an der Verweigerung der Bekanntgabe. Die zuständige Behörde darf die Bekanntgabe von Umweltinformationen ablehnen, wenn das Ersuchen sich auf Informationen über Emissionen in die Umwelt. Gemäß Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe a der Umwelt und Entwicklung (Planning Act edpa), wenn ein Antrag auf Informationen über die Umwelt abgelehnt oder unzulänglich beantwortet oder zu Unrecht kann eine Person durch die MEPA, Rechtsmittel beim Gericht für Umwelt und Planung überprüfen. Die MEPA auf den Zeitplan, die Weigerung, einen Antrag auf Zugang zu Umweltinformationen oder inadäquate Antwort oder zu Unrecht beträgt 30 Tage ab dem Datum, an dem sie teilt ihre Entscheidung dem Antragsteller mit. Die erste Anhörung vor dem Seegerichtshof findet binnen drei Monaten ab dem Eingang der Beschwerde der Klägerin. Die Entscheidung des Gerichtshofs ist endgültig und verbindlich, wenn sie auf der Stellungnahme von zwei der drei Mitglieder. Entscheidungen des Gerichts sind stets öffentlich. Ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Tribunals kann nur beim Court of Appeal (Civil Jurisdiction geringer) binnen 20 Tagen nach der Entscheidung des Gerichts. Die MEPA auf den in den Verordnungen nicht verlangt, Informationen über Rechtsbehelfe, aber auch die Unterrichtung kann. Die Gerichte können hinter verschlossenen Türen zu Beweismitteln anhören, um Zugang zu Informationen zu erhalten, die nicht mitgeteilt wurde. Die Gerichte hätten das Recht, MEPA, oder jede andere Behörde; falls dies gerechtfertigt ist, kann zur Offenlegung von Informationen durch das Gesetz auf der Grundlage seiner Kontrollbefugnis in Bezug auf jede Handlung oder Unterlassung einer Behörde.

IV. Die Beteiligung der Öffentlichkeit Zugang zu Gerichten in

Die MEPA habe Malta die Umweltagentur und Aufsichtsbehörde Fragen über Umwelt und Entwicklung. Die MEPA habe entschieden, dass die folgenden Einrichtungen über administrative Verfahren in Umweltangelegenheiten:

A) die MEPA Ausschuss setzt sich aus mindestens 13 und höchstens 15 Mitglieder an, darunter die Vorsitzenden. Die Rolle der MEPA Ausschuss entscheidet über Anträge in Bezug auf:

- Tätigkeiten/Entwicklungen der nationalen oder strategische Bedeutung,
- die nationale Sicherheit oder sonstiger nationaler Interessen oder den Interessen anderer Staaten und Regierungen in Bezug auf die Entwicklung einer UVP zu unterziehen,
- Wenn Reconsiderations zur erneuten Prüfung der Entscheidung durch die MEPA selbst getroffen wurde.

(b) MEPA Exekutive besteht aus vier Direktionen:

- Umweltschutz,
- Planung
- Dienstleistungen für Unternehmen und Durchsetzung.

(c) Die Direktionen werden vorbehaltlich der allgemeinen Überwachung und Kontrolle der Behörde und des „Chief Executive Officer“. Der Exekutivdirektor ist u. a. verantwortlich für die Erteilung von Lizenzen und Genehmigungen im Rahmen verschiedener Rechtsvorschriften über Umwelt- und Entwicklungsplanung.

D) die Environment and Planning Commission (EPC) können sich verschiedene Abteilungen, die sich mit verschiedenen Arten von Anwendungen (z. B. Entwicklung der städtischen Gebiete außerhalb der Schutzgebiete usw.). Das EPÜ findet immer über 5 Mitglieder pro Sitzung einschließlich des Vorsitzenden. Die MEPA ausführendes Organ des EPÜ wird die Aufgabe übertragen, einen Antrag auf Genehmigung der MEPA Rechnung, es sei denn, diese zu entscheiden hat.

(E) Gericht für Planung und Entwicklung der Umwelt sieht Rechtsbehelfe gegen Verwaltungsentscheidungen des oben genannten Verwaltungsstellen. Diese verwaltungsrechtliche Spruchkörper edpa eingerichtet wird. Die Gruppe besteht aus 3 Mitgliedern. Der Vorsitzende ist für Umwelt und Entwicklung bestens in die Planung und die anderen Mitglieder eines Rechtsanwalts sowie eines Architekten. Es gibt sich mit verschiedenen Personen, die an das Gericht als Vorsitzender oder Mitglieder auf der Grundlage ihrer Expertise ihnen je nach Fall vor. Der Sekretär des Tribunal zuständig ist für die Auswahl der Mitglieder nach der Fall ist.

Administrative Rechtsbehelfe ausgeschöpft werden müssen, bevor sie einen Fall vor Gericht bringen. Gericht für Umwelt und Planung überprüfen und Beschwerden muss ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Gerichts vor dem Gerichtshof nur ergriffen werden können, ein. Die Entscheidung des Gerichtshofs ist endgültig. Flächennutzungspläne und Bebauungspläne und andere normative Arten von ökologisch relevanten Entscheidungen über die Nutzung der Räumlichkeiten von den Gerichten überprüft werden können durch:

(a) entweder ihr Recht zur Überprüfung von Beschlüssen über von öffentlichen Einrichtungen und/oder V

B) Falls ein Antragsteller Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Gerichts für Umwelt und Planung der Überprüfung ein.

Dies gilt für Beschwerden gegen die MEPA auf:

(a) die Entscheidungen der Behörde über die Kontrolle

(b) die Durchsetzung einer solchen Kontrolle ist

C) die Entscheidungen der Behörde zu Fragen des Umweltschutzes einschließlich Umweltverträglichkeitsprüfungen, Umweltinformationen, IVVU und Sanierung von Umweltschäden.

Verfahren der UVP- und der IVU-Richtlinie nur vorbehaltlich der Gerichte auf formelle und materielle Rechtmäßigkeit überprüfen, wenn die Gerichte tätig werden kann, wie oben dargelegt. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die IVU-Richtlinie in der UVP sei als solches nicht zulassen. Selbst wenn die UVP genehmigt wird, ist eine Vorbereitungsphase ist gesetzlich vorgeschrieben und die MEPA noch die UVP zu bewerten und berücksichtigen bei der Entscheidung, ob eine Genehmigung zu erteilen oder nicht. Klagebefugnis vor den nationalen Gerichten hängt davon ab, ob die oben genannten Verfahren erfüllt. Die Gerichte können die Überprüfung der Verwaltungsentscheidungen in Fällen gestatten die MEPA habe die Klägerin erst nach Erschöpfung des Verwaltungsrechtswegs und vor dem Gericht bezeichnet. In allen anderen Fällen, wenn eine Handlung oder Unterlassung, die Gegenstand der Überprüfung gemäß Teil V dieses Berichts. Die Gerichte prüfen, ob der Kläger als Einspruchsführer teilgenommen hätte oder einer betroffenen Interessenträger. Obwohl von im Umweltbereich tätigen NRO, den Umweltschutz in ihren Zuständigkeitsbereich fallen sollte, nach der IVU-Richtlinie und der UVP-Richtlinie die Klagebefugnis haben.

Unterlassungsverfahren gibt es nicht, da in der UVP eine Genehmigung der UVP ist nicht an sich. Eine UVP nicht in Frage, wenn ein Verfahren vor den Gerichten geltend machen kann, dass das Verfahren in irgendeiner Weise durchgeführt worden ist, sowie gegen das Recht auf Zugang zu Gerichten eine Klage gegen Handlungen oder Unterlassungen. Dies niemals eingetreten. Bestehen keine besonderen Vorschriften für die UVP Verfahren. Es gibt keinen Verweis auf die im vorläufigen Rechtsschutz. Das gleiche Verfahren wie für die UVP gelten kann. Da die IVU-Richtlinie ist jedoch eine Genehmigung der MEPA, eine finanzielle Sicherheit vorschreiben können, die es gestatten würden, wenn sie nicht eingehalten, und es hat den Betreiber auffordern, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit es in Notfällen einer Vollstreckungsankündigung könnte sogar zur Schließung der Anlage.

V. Zugang zu Gerichten gegen Handlungen oder Unterlassungen

Der Code of Organisation and Civil Procedure (cocp), insbesondere Artikel 469a, sieht vor, dass sich die gerichtliche Überprüfung einer Handlung des öffentlichen Sektors beschränkt. Die Gerichte prüfen kann, die die Gültigkeit eines Verwaltungsakts und durch eine öffentliche Behörde für null und nichtig zu erklären, ohne zu erklären, und wird wirksam, wenn der Verwaltungsakt unter Verstoß gegen die Verfassung und gestellt werden, an dem der Verwaltungsakt wird weiter über den Geltungsbereich der Befugnis der Behörde, und zwar aus folgenden Gründen:

Wie (a) von einer öffentlichen Behörde handeln, die Sie nicht ausführen darf;

(b) Behörde nicht beachtet hat, die Grundsätze der Billigkeit oder zwingenden Formvorschriften in dem Verwaltungsakt oder der Durchführung ihrer vorherigen Beratungen; oder

(c) wenn der Verwaltungsakt stellt einen Missbrauch der Befugnis der Behörde in diesem Fall sei zu missbräuchlichen Zwecken oder auf der Grundlage von sachfremden Gesichtspunkte; Ist, wenn der Verwaltungsakt oder in sonstiger Weise gegen das Gesetz.

Der Begriff „Verwaltungsakt“ schließt die Erteilung von einer öffentlichen Behörde:

- Jeder Beschluss, eine Lizenz, eine Erlaubnis oder Entscheidung rechtfertigen, eine Weigerung, von einem Kläger, doch beinhaltet keine Maßnahmen zur internen Organisation und Verwaltung innerhalb der betreffenden Behörde.
- „öffentliche Stelle“ ist definiert als der Regierung von Malta, ihre Ministerien und Abteilungen, einschließlich lokaler Behörden, Unternehmen und eine öffentlich-rechtliche Einrichtung.

Im Rahmen einer Klage nach Artikel 469a, die cocp, das einen Verwaltungsakt wird:

- Innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten ab dem Tag, an dem die „betroffene Person“ feststellt oder hätte auffallen können eines solchen Verwaltungsakts, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt.
- Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung, wenn die Art der Anfechtung oder einen Rechtsbehelf ist in keinem anderen Gesetz vorgesehen.

- Die Klägerin kann einen Antrag auf Zahlung von Schadensersatz wegen der angeblichen Zuständigkeit der Behörde, die deliktische oder quasi deliktische Haftung aus dem administrativen Handeln.
- Das Gericht, obwohl diese Schäden, wenn die Aufhebung des betreffenden Verwaltungsakts, der öffentliche Auftraggeber in gutem Glauben gehandelt hat, nicht unangemessen oder beantragt oder wenn die Sache durch den Kläger vernünftigerweise hätte rechtmäßig und unter einer anderen Leistung verweigert wurde.

Die copc stellt somit ein allgemeines Recht auf Zugang zu den Gerichten für jeden „Interessierte Partei“ zu fordern die Gerichte für die Entscheidung über die Gültigkeit der Verwaltungsakt oder die Verletzung eines Rechts.

- Eine Person kann ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Gerichts bei der Überprüfung der Gültigkeit eines Verwaltungsakts copc gemäß Artikel 469a.
- Die Frist für die Einlegung eines Rechtsmittels ist die gleiche wie für andere Klagen vor den Zivilgerichten. Im Falle von Beschwerden von der obersten Gerichte vor dem Court of Appeal, verlängert sich die Frist von zwanzig Tagen beginnt zu dem Zeitpunkt, zu dem das Urteil ergangen ist.
- Ein Rechtsmittel ist mit einem Vermerk in der Kanzlei des Gerichts eingelegt, das Urteil erging.
- Eine Beschwerde kann entweder auf die gesamte oder nur Teile des Urteils und sowohl der Kläger als auch der Beklagte Einspruch einlegen kann.

LN 126/2008 über die Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden, 2008, wird ein Rahmen für die Umwelthaftung. Die zuständige Behörde ist die MEPA und der Regulierungsbehörde. Diese Verordnungen gelten nur für Umweltschäden sowie die unmittelbare Gefahr solcher Schäden, die durch eine nicht klar abgegrenzte Verschmutzung verursacht werden, wenn ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Schaden und den Tätigkeiten einzelner Betreiber festgestellt. MEPA wird Kostendeckung berechtigt ist, ein Verfahren gegen den Betreiber oder den Dritten, der den Schaden oder die unmittelbare Gefahr eines Schadens, bei allen Maßnahmen im Rahmen dieser Verordnungen innerhalb von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt, zu dem diese Maßnahmen abgeschlossen sind, oder der haftbare Betreiber ermittelt wurde oder, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist. LN 126/2008 definiert als „Kosten“ die durch die Notwendigkeit gerechtfertigt werden, eine ordnungsgemäße und wirksame Umsetzung dieser Vorschriften, einschließlich:

- Die Kosten für die Beurteilung der Umweltschäden,
- eine unmittelbare Gefahr eines solchen Schadens,
- Alternativen für Maßnahmen,
- Die Verwaltungs- und Verfahrenskosten, Kosten für die Durchsetzung und
- die Kosten der Datenerhebung, und andere allgemeine Kosten, Kosten, Überwachung und Aufsicht.

„Schaden“ bezeichnet eine feststellbare nachteilige Veränderung einer natürlichen Ressource oder Beeinträchtigung der Funktion einer natürlichen Ressource, die unmittelbar oder mittelbar auftreten können. Die MEPA stellt:

- verursacht hat, festzustellen, welcher Betreiber den Schaden oder die unmittelbare Gefahr eines Schadens,
- Ermittlung der Erheblichkeit des Schadens und der Entscheidung darüber, welche Sanierungsmaßnahmen zu treffen sind. Unter Bezugnahme auf die Liste II

Die MEPA habe verlangen können, von dem betreffenden Betreiber die Durchführung einer eigenen Bewertung und die Bereitstellung aller erforderlichen Informationen und Daten. Die MEPA habe ermächtigen oder verpflichten kann, Dritte zur Durchführung der erforderlichen Vermeidungs- oder Sanierungsmaßnahmen. Jede Verfügung aufgrund dieser Verordnung, in der Vermeidungs- oder Sanierungsmaßnahmen verlangt werden, sind die genauen Gründe dafür anzugeben, auf die sie sich stützt. Eine solche Entscheidung wird dem betreffenden Betreiber unverzüglich mitgeteilt, der gleichzeitig über die Rechtsbehelfe, die sie nach den einschlägigen Rechtsvorschriften und innerhalb welcher Fristen diese Rechtsmittel einzulegen sind. Natürliche oder juristische Personen betroffen sind oder betroffen werden könnten, um Umweltschäden oder ein ausreichendes Interesse an einem umweltbezogenen Entscheidungsverfahren bezüglich des Schadens, erhält das Recht, der zuständigen Behörde Bemerkungen zu ihnen bekannten Umweltschäden, die ihnen bekannt sind. Die MEPA, ist berechtigt, den Antrag auf Tätigwerden gemäß diesen Verordnungen.

- Eine Person gilt als ein „hinreichendes Interesse“ ist, wenn er nach der Einspruchsführerin edpa registriert sind oder wenn die Interessenträger angehört oder eine bestimmte unter die Bestimmungen der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung Regulations, 2007.

- Das Interesse jeder Nichtregierungsorganisation, die sich für den Umweltschutz einsetzen und alle nach innerstaatlichem Recht geltenden Voraussetzungen erfüllt, als ausreichend im Sinne von mehr als einer Person ein „ausreichendes Interesse“.
- Der Aufforderung zum Tätigwerden sind die sachdienlichen Informationen und Daten beizufügen, die die im Zusammenhang mit dem betreffenden Umweltschaden.

Ist es aufgrund der Aufforderung zum Tätigwerden und der mitgeteilten Feststellungen plausibel, dass Umweltschäden besteht, MEPA prüft die Aufforderung zum Tätigwerden und die beigefügten Bemerkungen. Die MEPA stellt in einem solchen Fall dem betreffenden Betreiber Gelegenheit geben, seinen Standpunkt zu Gehör zu bringen, sich zu der Aufforderung zum Tätigwerden und den beigefügten Bemerkungen zu äußern. MEPA so bald wie möglich und im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des innerstaatlichen Rechts, die Personen mit berechtigtem Interesse, die der Behörde Bemerkungen unterbreitet haben, über ihre Entscheidung, der Aufforderung zum Tätigwerden oder zu verweigern, und begründet diese Entscheidung. Die MEPA, ist es dann mit den Fall vor den Gerichten gefunden werden sollte, die ein Wirtschaftsteilnehmer im Rahmen der Umwelthaftung. Die MEPA bisher nicht die Gelegenheit hatten, hat eine solche Klage erheben vor den maltesischen Gerichten.

VI. Andere Möglichkeiten des Zugangs zu den Gerichten

Die Öffentlichkeit kann der Bürgerbeauftragte unter dem Ombudsman Act, ihn nach seiner Meinung zu der Frage, ob ein Ministerium oder eine andere öffentliche Einrichtung in Ausübung seines Amtes in angemessener und gerechter Weise gehandhabt werden. Die Entscheidung des Bürgerbeauftragten nicht bindend ist. Es ist auch ein Prüfer für die MEPA, die im Büro der Bürgerbeauftragten für die MEPA, die speziell Fragen zuständig. Jeder Nutzer kann der Ausschuss, wenn er durch die MEPA Praktiken haben können, wenn sie ihre Befugnisse ausübt, und der Vorsitzende des Nutzerausschusses zu prüfen und seinen Standpunkt zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Die Entscheidungen des Vorsitzenden des Nutzerausschusses nicht verbindlich sind. Private Strafverfolgung in Umweltangelegenheiten nicht verfügbar ist.

VII. Klagebefugnis

Klagebefugnis	Verwaltungsverfahren	Gerichtliches Verfahren
Einzelpersonen	X	Ein direktes Interesse daran nachweisen müssen, außer bei Verletzung der Menschenrechte ist in der Verfassung garantiert. Der Einspruchsführer ist ein eingetragener entweder eine Baugenehmigung oder eine bestimmte Interessengruppen konsultiert oder unter die Bestimmungen der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung Regulations, 2007.
NR O	X Sie müssen allerdings Register als Gegner des Vorschlags.	Im Rahmen der UVP und der IVVU besteht nur Anspruch auf Zugang zu Informationen und in Bezug auf das Recht auf Überprüfung einer Entscheidung der Behörde. Im Bereich der Umwelthaftung UVP IPPC Nichtregierungsorganisation, die sich für den Umweltschutz einsetzen und alle nach innerstaatlichem Recht geltenden Voraussetzungen erfüllt, als ausreichend im Sinne von mehr als einer Person ein „ausreichendes Interesse“. Entwicklung von Baugenehmigungen, wenn sie bestreiten kann erst nach Erschöpfung auf gerichtlicher und verwaltungstechnischer Rechtsmittel nur auf Rechtsfragen. In einem kürzlich ergangenen Urteil hat sich der Gerichtshof ihrer Auslegung zu verlangen, dass sie ein ausreichendes Interesse haben sollten, sich als Kritiker registriert.
Andere juristische Personen	X Sie müssen sich jedoch als Gegner des Vorschlags.	Die Aufgabe haben, nur dann, wenn sie auf den jeweiligen Fall anwendbar ist.
Ad-hoc	Nur wenn in ihrer	In ihrer persönlichen Eigenschaft nur dann, wenn ein unmittelbarer und Zinsen

L Gru ppe n	persönlichen Eigenschaft und, wenn sie sich als Gegner des Vorschlags.	
aus län dis che NR O	Nur, wenn es sich um NRO mit Sitz in der EU.	Abgesehen von den oben genannten Punkten zu NRO, das ausländische NRO, die in der EU zugelassen werden.
So nsti ge		

In einem kürzlich ergangenen Urteil wies das Gericht eines durch eine NRO für eine Forderung gegen eine Privatperson wegen fehlender Klagebefugnis, wenn die NRO machte geltend, dass diese einzelnen gegen die Bedingungen der Genehmigung für Entwicklung (Bodennutzung), die ihr durch die MEPA geben. Die NRO haben die ständigen strikt innerhalb der festgelegten Parameter steht das Recht auf Zugang zu Umweltinformationen, Umweltverträglichkeitsprüfungen und IPPC-Gesetzes Rechte. Die NRO nicht geltend machen, der gegen eine Privatperson. Die Verfahrensregeln für alle Sektoren, in denen die einzelnen kann zu einer Gefahr für die Umwelt oder Entwicklung erteilt. Die Genehmigung wird erteilt, wenn eine Person als Einspruchsführer anfechten kann, wenn sie die Erlaubnis erteilt wird, und legen nur geltend machen kann, der Umwelt und der Entwicklungsplanung vor Gericht angefochten werden. Das Rechtsmittel vor dem Gericht auf die gleiche Frage kann sich nur auf Rechtsfragen und nach der verwaltungsrechtliche Rechtsbehelf ausgeschöpft ist. Es ist unwahrscheinlich, dass die Gerichte akzeptiert würde nur dann zustimmen werde, denn die Gerichte für jedermann Zugang zur Justiz, wenn sie sich im Rahmen der oben unter Punkt 5 beschriebenen Verfahren. Der einzige Fall einer Popularklage vorgenommen werden kann, die von einer Person, die im Namen einer anderen für die Verletzung der grundlegenden Menschenrechte in der Verfassung aufgeführt. Sonstige staatliche Institutionen oder Einrichtungen (z. B. Bürgerbeauftragte, Staatsanwälte) haben keine Klagebefugnis. Erklärte, es sei denn, es ist ausdrücklich in den anwendbaren Rechts bezüglich des Zugangs zu Umweltinformationen, UVP und IPPC Recht besteht kein Recht auf Zugang zur Justiz für Personen, die nicht über ein unmittelbares Interesse. Die verwaltungsrechtlichen Rechtsbehelf vor Gericht für Umwelt und Raumordnung und dann muss ein Rechtsmittel ausgeschöpft werden kann sich nur auf eine Rechtsfrage.

VIII. Rechtliche Vertretung

Rechtsbeistand zwingend vorgeschrieben ist. Gibt es keine unterschiedlichen Verfahren für die Fälle. Rechtsberater folgt üblichen Verfahren für Zivil- und Strafgerichte vor. Gibt es kein besonderes System, in der Regel ein Anwalt einen Fall übernehmen kann. Spezialisierung in den Bereichen Umweltrecht ist nicht möglich, da Malta nicht die Größenvorteile von Rechtsanwälten und Anwaltskanzleien, des Umweltrechts Fälle, die nur sehr selten sind. Es gibt mehr Engagement bei der Entwicklung in den Rechtsberufen Umweltgenehmigungen Baugenehmigungen statt. Maltesische die einzige Gruppe von Rechtsanwälten, die sich speziell im Umweltrecht festgestellt werden, insbesondere im akademischen Bereich innerhalb der Abteilung für Umweltrecht und Ressourcen an der Fakultät für Recht dar. Die Abteilung hat auch aufgrund ihrer Beratung in Zeiten pro bono ähnlich sind, kann es vorkommen, dass Rechtsanwälte pro bono im Umweltbereich tätigen NRO unterstützen, es gibt jedoch keine offizielle Formular „Rechtsträger/NRO, die kostenlose Rechtsberatung zu Umweltfragen.

IX. Nachweise

Die Vorlage von Beweisen in Gerichtsverfahren in Umweltangelegenheiten ist die gleiche wie in das Justizsystem. Gutachten der Richter nicht bindet, obwohl sie in dem Sinne, dass die Aufforderung zur Interessenbekundung für Experten können die unabhängig davon zu entscheiden. Das maltesische Rechtssystem gibt, Richter; Frühere Rechtsprechung auch Richter zwar nicht verbindlich sind, sie prüfen werde. Die gerichtlichen Entscheidungen, die, obwohl sie nicht „Titel“.

Unterlassungsverfahren, X.

Das Gericht kann nach eigenem Ermessen auf der Grundlage vorläufiger Rechtsschutz. Es gibt keine Bedingungen unverzüglich Verwaltungsentscheidungen, ungeachtet einer Beschwerde oder einer Klage. Der Gerichtshof kann ein Verfügungsverbot nur in gerichtlichen Verfahren. Der Gerichtsverfassungs- und Zivilprozessordnung sieht in Artikel 873 ein Verfügungsverbot verwendet

werden, um etwas zu tun, wonach eine Person gefährden könnte, die Person, die verklagt wird. Das Gericht eine solche Anordnung nicht erteilen, wenn sie davon überzeugt ist, dass sie erforderlich ist, damit die Rechte der Personen, die Anspruch auf den ersten Blick rechtfertigen und dass es solche Rechte ergeben. Der Antrag wird der Partei zugestellt, gegen die er ausgestellt wurde. Die Behörde der ersuchenden Vertragspartei gibt innerhalb von zehn Tagen eine Antwort. Der Gerichtshof kann in dringenden Fällen, die in diesem Zeitraum subarticle erklärte. Stimmt die andere Vertragspartei dem Gerichtshof nicht, die Nachfrage beitreten können. Das Gericht zunächst eine vorläufige Anordnung kann unter den von ihr festgelegten Bedingungen können je nach Fall für erforderlich halten, und entscheidet anschließend über die Angelegenheit abschließend. Der Gerichtshof entscheidet nach Anhörung des für die Ernennung in der Sache entscheiden, nachdem er es für angebracht hält, beweise dies so schnell wie möglich, spätestens aber einen Monat nach dem Tag eingereicht worden wäre, wenn der Haftbefehl unter Eid bestätigt, und die Parteien wurden entsprechend benachrichtigt. Es geht hier um ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Gerichts zur Verfügung.

XI. Kosten

Es gibt keine spezifischen Kostenarten würde sich ein Antragsteller für den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten nur. Die Gebühren reichen von 100 bis 300 EUR Kosten selbst, und jede Mitteilung rund 170 EUR kostet 7 EUR. Eine grobe Schätzung würde ein Honorar in Höhe von 70 bis 100 EUR für eine Arbeitsstunde. Das Verfügungsverbot jeder Anmeldung kostet 47 EUR und 7 EUR. Eine Garantie kann eine Einlage oder vom Gerichtshof festgelegt werden. Es ist absolut Anwendung des „Loser-pays“-Prinzips, obwohl die Person, die haftbar gemacht werden für gewöhnlich anfallenden Kosten zu tragen hat, die im Verfahren der jeweils anderen Seite. Allerdings kann das Gericht die Kosten teilen, auswählen.

XII. Finanzhilfe-Mechanismus

Ausnahmen von den Verfahrenskosten leisten kann, Zölle, Steuern, Gebühren, Kosten usw. in Umweltangelegenheiten. Es gibt keine anderen finanziellen Mechanismen zur Gewährung von Finanzhilfen an die Antragsteller. Für Prozesskostenhilfe gibt es nicht nur für Zivilrecht, Strafrecht entspricht. Daher gibt es keine Prozesskostenhilfe in Umweltangelegenheiten, sofern die Person eine Straftat begangen hat. Es gibt keine offizielle kostenlose rechtliche Unterstützung von Anwaltskanzleien, NRO Matte Kanzleien haben diese Unterstützung entscheiden, wenn sie unentgeltlich zu arbeiten. Es gibt keine rechtlichen Kliniken mit Umweltangelegenheiten befasst. Es gibt kein öffentliches Interesse das Umweltrecht Organisationen oder Anwälte in Malta.

XIII. Aktualität

Der Beschluss, eine Frist von drei Monaten eine Verwaltungsstelle kann jedoch verlängert werden. Es gibt keine Sanktionen gegen die Entscheidungen der Organe unverzüglich in Kenntnis. Es gibt keine gesetzlich vorgeschriebenen Fristen für Gerichtsverfahren in Umweltangelegenheiten – sowohl für die Parteien als auch für das Gericht. Die Gerichte sind nicht verpflichtet, von einer Frist zu entscheiden. Bei den maltesischen Gerichten eine Entscheidung getroffen: Manchmal fünf, zehn oder gar zwanzig Jahren. Es ist kein Trend auf wie die typische Dauer eines Gerichtsverfahrens wird in verschiedenen Arten von Verfahren, und es gibt keinen Hinweis darauf, wann die Entscheidung getroffen wird. Gibt es keine Frist für das Gericht, um sein Urteil zu erlassen. Es gibt keine Sanktionen gegen die Entscheidungen der Gerichte in Verzug.

XIV. Sonstiges

Hinterfragt Entscheidungen in der Regel der Öffentlichkeit auf die Phase der öffentlichen Konsultation, können aber auch, wenn der Beschluss gefasst wird. Es wurden nicht nur viele Gerichtsverfahren Proteste. Es gibt keine Informationen über den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten gewährt der Öffentlichkeit in strukturierter und leicht zugänglicher Form in Malta. Ein Schlichtungssystem existiert, aber dies gilt nicht für den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, nur für zivilrechtliche Streitigkeiten. Planung und Entwicklung der Umwelt im Rahmen einer außergerichtlichen Einigung tätig ist, aber dies gilt nur für Strafverfahren gegen die Angeklagten gegen Umweltgesetze. Die Situation gilt nicht für den Zugang zu Gerichten betreffen. Als solche, sondern die Mediation, MEPA auftreten können, und die Klägerinnen können die Kritiker und informelle Sitzungen abhalten können.

XV. Ein Ausländer, der

Ein verfassungsmäßiges Recht ist, dass es keine Diskriminierung auf der Grundlage der Rasse oder Staatsangehörigkeit gemacht werden können. Verwendung verschiedener Sprachen in Gerichtsverfahren zulässig ist, und in solchen Fällen sind erforderlichenfalls ein Dolmetscher beigezogen werden. Das Recht auf ein faires Verfahren garantiert, dass Übersetzungen werden von der Regierung bereitgestellt und bei Bedarf in Gerichtsverfahren.

XVI. Grenzüberschreitende Rechtssachen

1. Beschreiben Sie Verfahrensregeln für Fälle, die Umweltbelange in einem anderen Land. (5 Sätze)

LN 114/2006 der UVP-Verordnung für grenzüberschreitende Konsultationen geben. Wenn der Minister für Umweltfragen zuständig ist sich darüber im Klaren, dass in Malta ein Projekt möglicherweise erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt in einem anderen Mitgliedstaat haben könnte, oder wenn ein Ersuchen erheblich beeinträchtigen, der Minister übermittelt dem betroffenen Mitgliedstaat so bald wie möglich, spätestens aber zu dem Zeitpunkt, zu dem die maltesische Öffentlichkeit unterrichtet wird, die folgenden Informationen:

Eine Beschreibung des Projekts zusammen mit allen verfügbaren Angaben über dessen mögliche grenzüberschreitende Auswirkungen,

B Einschlägige Informationen über die Umweltverträglichkeitsprüfung

C) Informationen über die Art der Entscheidungen getroffen werden können, und gibt dem betroffenen Mitgliedstaat eine angemessene Frist für dessen Mitteilung ein, ob er an der Umweltverträglichkeitsprüfung teilnehmen.

Der betroffene Mitgliedstaat erhält, wenn Hinweise an den Minister, dass sie beabsichtigt die Teilnahme am Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfung, der Minister übermittelt Informationen über die geplante Entwicklung des betroffenen Staates. Der betroffene Mitgliedstaat führen Konsultationen mit dem Minister über unter anderem

(a) die potenziellen grenzüberschreitenden Auswirkungen des Projekts und die Maßnahmen zum Gegenstand haben, die der Verringerung oder Vermeidung dieser Auswirkungen dienen sollen,

(b) die Vertragsparteien vereinbaren einen angemessenen Zeitrahmen für die Dauer der Konsultationsphase.

Der betroffene Mitgliedstaat kann die Informationen zur Verfügung gestellt werden, innerhalb einer angemessenen Frist, die Behörden und die Öffentlichkeit zu in ihrem Hoheitsgebiet innerhalb der festgelegten Fristen durch Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien,

D) der betroffene Mitgliedstaat übermittelt seine Stellungnahme an den Minister weiterleitet, MEPA

Die Übermittlung von Informationen über mögliche grenzüberschreitende Auswirkungen und den Erhalt von Informationen durch den betroffenen Staat, dem maltesischen Recht unterliegt. Der Minister übermittelt dem betroffenen Staat die endgültige Entscheidung über die vorgeschlagenen Vorhaben sowie die Gründe und Überlegungen, einschließlich Informationen über die Öffentlichkeitsbeteiligung, auf die sie gestützt war und die damit gegebenenfalls verknüpften Bedingungen reduziert. Zudem ist erforderlichenfalls eine Beschreibung der wichtigsten Maßnahmen zur Verhinderung, zur Minderung und wenn möglich zum Ausgleich der wichtigsten nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt. Der Minister unterrichten unverzüglich die Betroffenen und die erforderlichen Konsultationen über die durchgeführten Maßnahmen zur Verringerung oder Beseitigung erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Auswirkungen. Der Minister hat die MEPA alle Unterlagen und Informationen anfordern kann. LN 126/2008 Verordnungen über die Sanierung von Umweltschäden enthält auch Bestimmungen über grenzüberschreitende Umweltschäden, die von einem Umweltschaden betroffen oder wahrscheinlich Auswirkungen auf andere Mitgliedstaaten der EU. Ist ein Umweltschaden eingetreten, müsste Malta muss ausreichende Informationen angeben, die potenziell betroffenen EU-Mitgliedstaaten. Der Begriff der betroffenen Öffentlichkeit im grenzüberschreitenden Kontext ist die gleiche wie für die eigenen Staatsangehörigen gelten, die natürliche oder juristische Personen und Umweltorganisationen. Es wird keine spezifische Liste der Fälle, in denen Einzelpersonen oder nichtstaatlichen Organisationen wählen können zwischen Gerichten verschiedener Staaten bezeichnet. Die Auswahl soll vorbehaltlich der Ergebnisse der von den Gerichten der Kenntnisnahme von der Fall.

Links zum Thema

- <http://www.mepa.org.mt/>
- <http://www.mepa.org.mt/lpgdocuments/LNs/LN114%20english.pdf>
- <http://www.mepa.org.mt/LpDocumentDetails?syskey=497>
- http://www.mepa.org.mt/lpgdocuments/LNs/LN_234_2002_E.pdf

Dies ist eine maschinelle Übersetzung des Inhalts. Der Urheber dieser Seite übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für die Qualität dieses maschinell übersetzten Texts.

Letzte Aktualisierung: 14/09/2016